

P6_TA(2006)0040

Anwendung der Postrichtlinie

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Anwendung der Postrichtlinie (Richtlinie 97/67/EG, geändert durch die Richtlinie 2002/39/EG) (2005/2086(INI))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Berichts der Kommission über die Anwendung der Postrichtlinie (Richtlinie 97/67/EG, geändert durch die Richtlinie 2002/39/EG) (KOM(2005)0102), sowie des begleitenden Arbeitsdokuments (SEK(2005)0388),
 - in Kenntnis des ersten Berichts der Kommission über die Anwendung der Postrichtlinie (KOM(2002)0632),
 - gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr (A6-0390/2005),
- A. in der Erwägung, dass die Postdienste erhebliches wirtschaftliches Gewicht haben und im Jahr 2002 Einnahmen in Höhe von ungefähr 88 Mrd. EUR erzielt haben, was rund 0,9 % des BIP der Europäischen Union entspricht; in der Erwägung, dass nach Schätzungen mehr als 5 Mio. Arbeitsplätze direkt vom Postsektor abhängen oder mit ihm verknüpft sind,
- B. in der Erwägung, dass wettbewerbs- und leistungsfähige Postdienste als Teil des Vertriebs- und Kommunikationsmarktes für das wirtschaftliche und soziale Geschehen in der Europäischen Union von großer Bedeutung sind und mit zahlreichen Wirtschaftssektoren verflochten sind und auf diese ausstrahlen; in der Erwägung, dass die Postdienste daher auch im Rahmen der Lissabon-Strategie eine wichtige Rolle spielen,
- C. in der Erwägung, dass Reformen und wirtschaftliche und technische Entwicklungen des Postsektors in der Europäischen Union zu moderneren Abläufen und einem erhöhten Automatisierungsgrad geführt haben und dass die bisherigen Reformschritte mit Qualitätssteigerungen, mehr Effizienz und mehr Kundenorientierung erhebliche positive Entwicklungen im Postsektor herbeigeführt haben,
- D. in der Erwägung, dass die Postnetze auch eine unverzichtbare territoriale und soziale Dimension haben, indem sie einen universalen Zugang zu grundlegenden lokalen Dienstleistungen ermöglichen,
- E. in der Erwägung, dass der Kommissionsbericht bewerten soll, inwieweit die Ziele der Postrichtlinie erreicht worden sind, wobei insbesondere die wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Aspekte berücksichtigt sowie Aussagen über Beschäftigungsaspekte und Dienstqualität getroffen werden sollen,
- F. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament nunmehr auf Fragestellungen und Aspekte aufmerksam machen möchte, die die Kommission bei den weiteren Arbeiten berücksichtigen sollte,

1. stellt fest, dass die Umsetzung der Postrichtlinie in innerstaatliches Recht insgesamt gute Fortschritte gemacht hat; begrüßt, dass der gesetzte Harmonisierungsrahmen es den Mitgliedstaaten ermöglicht hat, neue Ansätze zu verfolgen und unterschiedliche Wege zu beschreiten, die anderen Mitgliedstaaten bei den folgenden Schritten als Modell dienen können; stellt jedoch fest, dass die Auswirkungen der Reformen auf die Qualität, Effizienz und Kundenausrichtung im Postsektor noch im Detail analysiert werden müssen und dass die Öffnung der Postdienste für den Wettbewerb nicht immer zur Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen im Postsektor geführt hat;
2. stellt erfreut fest, dass die bisherigen Marktentwicklungen – den verfügbaren Daten nach zu urteilen – zu positiven Veränderungen geführt haben; möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass sich die Entwicklung des Wettbewerbs nicht ausschließlich am Grad der Marktöffnung oder allein an den Marktanteilen ablesen lässt;
3. stellt dennoch fest, dass die Umsetzung der Postrichtlinie in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere was die Marktöffnung betrifft, erheblich verspätet ist, was das Risiko eines Ungleichgewichts auf dem europäischen Postmarkt und eine potenzielle Benachteiligung der Marktzugänger in sich birgt; fordert die Kommission auf, in ihrem Bericht mitzuteilen, welche Konsequenzen sie damit verbindet;
4. gibt zu bedenken, dass sich die Postmärkte in einem grundlegenden Wandel befinden, der sowohl auf den zunehmenden Wettbewerb als auch auf die Entwicklungen der Nachbarmärkte Kommunikation, Werbung und des Transport- und Logistiksektors zurückzuführen ist, aber auch auf verändertem Kommunikationsverhalten beruht; schlägt daher vor, dass die künftige Postpolitik diese Aspekte ausreichend berücksichtigen sollte;
5. fordert die Kommission angesichts mitunter deutlich divergierender Entwicklungen in den Mitgliedstaaten bezüglich der Universaldienstverpflichtungen auf, sich insbesondere bei der Erstellung ihrer Prospektivstudie auf die Qualität der Erbringung des Universaldienstes und auf die künftige Finanzierung zu konzentrieren und im Zusammenhang mit dieser Studie einen Vorschlag hinsichtlich der Definition, des Anwendungsbereichs und einer angemessenen Finanzierung des Universaldienstes zu unterbreiten;
6. fordert die Kommission auf, zu ermitteln, ob es möglich ist, an dem Jahr 2009 für die Vollendung des Binnenmarktes der Postdienste festzuhalten, oder ob es angebracht ist, im Lichte der Schlussfolgerungen der Studie weitere Stufen festzulegen;
7. vertritt, unter Hinweis darauf, dass die Postmärkte einem grundlegenden Wandel unterzogen sind, die Auffassung, dass die Definition des Universaldienstes unter Berücksichtigung des geänderten Kommunikationsverhaltens überdacht werden muss; weist jedoch darauf hin, dass die Universaldienste qualitativ hochwertige Dienste mit einem hohen Personalbedarf sind, die auf den Schutz der Verbraucherinteressen ausgerichtet sind, und fordert die Kommission auf, im Rahmen der Prospektivstudie diese Tatsache in den Untersuchungsrahmen aufzunehmen; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, zu untersuchen, wie die Beteiligung und Mitwirkung der Postkunden am besten sichergestellt werden können, sowie die betroffenen Sozialpartner (Handels- und Wirtschaftskammern, Gewerkschaften usw.), auf dem betreffenden Markt tätige Unternehmen und lokale Interessengruppen zu konsultieren;
8. anerkennt die vom Europäischen Komitee für Normung (CEN) geleistete Arbeit auf dem Gebiet der Standardisierung im Postsektor und fordert die Kommission auf, auch künftig

die Rolle der Standardisierung für den Verbraucherschutz und die Vollendung des Binnenmarktes angemessen zu berücksichtigen;

9. fordert die Kommission auf, bei zukünftigen Studien besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen der künftigen Stufen der Öffnung der Postdienste für die Konkurrenz zu legen, und zwar in Bezug auf die geographische Abdeckung und die Entwicklung der Netze, insbesondere im Zusammenhang mit den Zugangsbedingungen für die am stärksten benachteiligten oder isolierten Bevölkerungsgruppen in der Europäischen Union;
10. hat die Forderung an die Mitgliedstaaten nach mehr Preiskontrolle, getrennter Kostenlegung und Überprüfung von Quersubventionierungen zur Kenntnis genommen; gibt jedoch zu bedenken, dass in einem wettbewerbsorientierten Markt solch regulatorische Eingriffe, sofern sie über das allgemeine Wettbewerbsrecht hinausgehen, einer hinreichenden Rechtfertigung bedürfen;
11. ist der Auffassung, dass die Annahme und die Umsetzung der vom CEN entwickelten Dienstleistungsstandards von wesentlicher Bedeutung sind, um Transparenz, Zuverlässigkeit und Qualität auf dem Postmarkt zu gewährleisten; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, dem Fortschritt in diesem Bereich Priorität einzuräumen;
12. begrüßt, dass die Kommission die Frage der Regulierung von Downstream Access weiter beobachten möchte; weist jedoch darauf hin, dass eine Regulierung gerade in diesem Bereich einen signifikanten Eingriff in den Markt darstellen würde, und regt daher an, vorab eine eingehende Untersuchung darüber anzustellen, ob und in welchem Umfang ein solcher Eingriff ökonomisch und juristisch gerechtfertigt werden kann; dabei sollte einbezogen werden, dass bereits eine Reihe von Geschäftsmodellen in unterschiedlichen Postmärkten existieren, bei denen die Wettbewerber ohne Inanspruchnahme eines regulierten Netzzugangs erfolgreich in den Markt eingetreten sind; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen dieser Modelle zu bewerten und zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, einen europäischen Rahmen für die Bedingungen des Netzzugangs zu setzen, damit gewährleistet ist, dass dieser überall gleich ist;
13. nimmt zur Kenntnis, dass die bisher in den Mitgliedstaaten angewandten Finanzierungsmodelle für den Universaldienst wenig erfolgreich waren und dass das bewährte Finanzierungsinstrument für den Universaldienst bislang der reservierte Bereich war; fordert daher die Kommission auf, in der Prospektivstudie eingehend untersuchen zu lassen, inwieweit sich die Entwicklung des Universaldienstes, dessen Beibehaltung unter wirtschaftlichen und sozialen Aspekten von wesentlicher Bedeutung ist, und eine größere Flexibilisierung des Regulierungsrahmens positiv auf die Lösung des Finanzierungsproblems beim Universaldienst auswirken können;
14. begrüßt, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten in einigen Mitgliedstaaten deutliche Fortschritte bei der Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden feststellbar sind; unterstreicht, dass mit zunehmender Marktöffnung der Fokus mehr auf dem Wettbewerbsrecht als auf verstärkter Regulierung liegen sollte; fordert die Kommission auf, gemäß ihrer Ankündigung im Bericht den Dialog mit den Regulierungsbehörden und den Mitgliedstaaten, deren Dialog untereinander sowie ein diesbezügliches Benchmarking zu fördern, um die Aufgaben der Behörden auf die Kontrolle der Umsetzung der Regulierung zu begrenzen;
15. regt an, aufgrund der verschiedenen Erfahrungen mit bestehenden Lizenzierungsregimen in

den Mitgliedstaaten und unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips, die Frage der Genehmigungsverfahren in die Prospektivstudie der Kommission mit einzubeziehen, wobei insbesondere Folgendes zu klären ist: Anwendungsbereich, Genehmigungsverfahren und die Auflagen für Genehmigungen nach der Postrichtlinie, und unterstreicht, dass derartige Anforderungen nicht de facto neue Marktzutrittsschranken errichten noch zu Preisverzerrungen oder „cherry-picking“-Praktiken führen dürfen;

16. weist darauf hin, dass die Rationalisierung von Arbeitsplätzen nicht allein auf die Postreform zurückzuführen ist; gibt zu bedenken, dass neue Geschäftsmodelle, neue Produkte und Geschäftsmethoden ebenso Auswirkungen auf die Anzahl der Arbeitsplätze im herkömmlichen Postsektor haben;
17. fordert die Kommission auf, in ihrer Prospektivstudie der Frage nachzugehen, wie die Pensionsverpflichtungen der öffentlichen Postbetreiber behandelt werden, um eine Störung des Marktes in einem liberalisierten Umfeld zu vermeiden;
18. hält die unterschiedliche mehrwertsteuerliche Behandlung auf dem Postmarkt für bedenklich und fordert die Kommission unter Hinweis auf seinen Standpunkt vom 11. März 2004¹ zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG in Bezug auf die mehrwertsteuerliche Behandlung von Dienstleistungen im Postsektor auf, Vorschläge vorzulegen, wie in dieser Frage die nötige Rechtsklarheit und Diskriminierungsfreiheit zwischen den Betreibern erreicht werden soll;
19. ersucht die Kommission, dafür Sorge zu tragen, dass im Verwaltungsrecht festgelegte Sanktionen bei Verstößen gegen Bestimmungen nationaler Postgesetze nicht unverhältnismäßig streng sind und das Funktionieren des Postmarktes nicht gefährden; fordert die Kommission deshalb auf, Daten über geltende oder geplante nationale Sanktionen in allen Mitgliedstaaten im Rahmen der Abfassung der Prospektivstudie zu erheben;
20. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission sowie den Mitgliedstaaten zu übermitteln.

¹ ABl. C 102 E vom 28.4.2004, S. 814.